

Manuela Schwesig zur Situation der Familie: Es braucht dringend neue Antworten

Rainer Vogt - 02. Dezember 2011 – Quelle: www.spd.de

„Familie heute ist bunt“, so beginnt der Leitantrag „Familienland Deutschland: Eckpunkte einer sozialdemokratischen Familienpolitik“. Wie kann eine gerechtere Förderung aussehen? Was muss passieren, dass unsere Arbeitswelt familienfreundlicher wird? Und warum will die SPD das Ehegattensplitting reformieren? SPD.de sprach darüber mit SPD-Parteivize Manuela Schwesig.

SPD.de: Die Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur soll nach sozialdemokratischer Vorstellung besser werden. Was muss sich ändern?

Manuela Schwesig: Wir stellen den Ausbau von Ganztagskitas und –schulen ganz vorn an. Wir wollen mit einem konkreten Stufenplan den Rechtsanspruch auf Ganztagsangebote in Kitas und Schulen bis 2020 verwirklichen. Der flächendeckende Ausbau wird bis 2020 rund 20 Milliarden Euro zusätzlich kosten. Diese Zukunftsinvestitionen haben wir bereits in unserem Finanzkonzept mit eingepreist. Das ist zwar immens viel Geld, doch daran wird auch deutlich, wie viel wir in diesem Bereich noch zu tun haben in unserem Land. Ich finde, wir setzen damit genau die richtigen politischen Prioritäten für die Zukunft! Denn gute Bildung und Betreuung von Anfang an ist der Schlüssel für mehr Chancengleichheit und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. Und natürlich geht es uns auch darum, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Da hat Deutschland immer noch einen enormen Nachholbedarf.

In dem Leitantrag Familie für den Bundesparteitag der SPD ist von einer gerechteren monetären Förderung von Familien die Rede. Wie soll die aussehen?

Wir wollen eine sozialdemokratische Kindergrundsicherung – für uns besteht die vor allem aus einem flächendeckenden Bildungs- und Betreuungsangebot, das allen Kindern und Jugendlichen zugutekommt. Doch daneben wollen wir auch für eine gute materielle Absicherung sorgen. Deshalb wollen wir den Familienleistungsausgleich vom Kopf auf die Füße stellen. Es ist doch ein Irrsinn, dass heute reiche Eltern mehr Entlastung vom Staat für ihre Kinder durch die hohen Kinderfreibeträge erhalten als Geringverdiener, die allein 184 Euro Kindergeld bekommen. Wir wollen hier mehr Gerechtigkeit schaffen, indem wir das Kindergeld für alle gleich hoch gestalten, nämlich 184 Euro. Wer aber bei zwei Kindern unter 3000 Euro monatlich verdient, soll stärker unterstützt werden. Dafür wollen wir den Kinderzuschlag und das Kindergeld zusammenlegen. Mit unserem Modell eines gerechten neuen Kindergelds würden wir rund 600.000 Familien aus der verdeckten Armut herausholen. Wir wollen vor

allem die Geringverdiener besser unterstützen und dafür bei den Steuerfreibe-trägen oben abschmelzen.

Ein Pflegefall stellt für Familien eine besondere Herausforderung dar. Wie wollen Sie die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessern?

Wir gehen deshalb auch von einem sehr breiten Familienbegriff aus, der auch genau diese Frage „Wie kriege ich das hin mit meinen pflegebedürftigen Angehörigen?“ umfasst. Denn immer mehr Familien sind mit der Problematik konfrontiert, dass sie Pflege und Beruf im Alltag unter einen Hut kriegen müssen. Das ist eine enorme Herausforderung und bringt viele an den Rand der Erschöpfung. Dafür brauchen die Menschen bessere Unterstützung und bessere Rahmenbedingungen. Was die Bundesfamilienministerin Kristina Schröder mit ihrer Familienpflegezeit angeboten hat, ist ein reines Nischenangebot und wird der Dimension dieses Problems überhaupt nicht gereicht. Wir wollen die vorhandene zehntägige Auszeit für Berufstätige, wenn in der Familie ein akuter Pflegefall eintritt, mit einer Lohnersatzleistung ausstatten – so wie wir das schon in der Großen Koalition gefordert hatten, sich die Union aber dagegen gestellt hat. Darüber hinaus wollen wir 1000-Stunden-Budget (ca. sechs Monate) einführen, das flexibel, je nach den Bedürfnissen des Arbeitnehmers oder der Arbeitnehmerin, die Beruf und Pflege vereinbaren muss - einzusetzen ist. Wer sich zum Beispiel um eine pflegebedürftige Mutter in einer anderen Stadt kümmern muss, der möchte vielleicht für eine Zeit eine Vier-Tage-Woche arbeiten, damit er ein verlängertes Wochenende für seine Mutter hat. Oder man kann täglich die Arbeitszeit reduzieren. Auch dieses flexible Zeitbudget wollen wir mit einer Lohnersatzleistung ausstatten. Aber auch für die Sterbephase sollen Angehörige ein Zeitbudget mit Lohnersatz erhalten, um den Menschen begleiten zu können. Insgesamt wird dies die Pflegeversicherung zusätzliche rund 1,6 Milliarden Euro kosten. Aber ich bin mir sicher, dass es hier eine große Bereitschaft der Menschen gibt. Denn diese Leistungen werden denjenigen zugutekommen, die im Berufsleben stehen und selber die Beiträge zahlen müssen. Ich bin davon überzeugt, dass wir dringend neue und bessere Antworten brauchen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege zu verbessern.

Die Wertschätzung von Familien stößt noch immer in unserer Gesellschaft an Grenzen. Was müsste getan werden, damit unsere Arbeitswelt familienfreundlicher wird?

Familienfreundlichkeit kann man nicht von oben verordnen. Aber ich finde schon, dass beispielsweise in der Gesetzgebung darauf geachtet werden kann, dass Entscheidungen die Bedürfnisse von Familien und vor allem auch von Kindern nicht außer Acht lassen. Ich denke da an die Geschichten von Klagen gegen Kitas in der Nachbarschaft. Wenn in Deutschland eine Frau schwanger ist, dann wird sie oft sorgenvoll gefragt: Schaffst Du das? Ich würde mir wünschen, dass wir vielmehr sagen: Toll, dass Ihr eine Familie gründet. Wie kann ich Euch helfen? Gerade in der Arbeitswelt ist da noch viel zu tun. Nicht die Familien müssen flexibel sein, sondern wir müssen endlich stärker dazu kommen, dass die

Arbeitswelt sich stärker auf die Bedürfnisse der Familien einstellt. Auch dafür haben wir gute Vorschläge in unserem Leitantrag, zum Beispiel zu familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen.

Warum will die SPD das Ehegattensplitting reformieren?

Weil es ein nicht mehr zeitgemäßes Partnerschaftsbild zementiert. Der Mann geht arbeiten, die Frau bleibt zuhause und kümmert sich ums Kind oder verdient ein bisschen dazu. Das wird unserer Generation von gut ausgebildeten Frauen überhaupt nicht mehr gerecht. Auch birgt es ein erhebliches Risiko für Frauen, in Altersarmut zu fallen. Und außerdem: Es wird auch der Gesetzgebung beim Unterhaltsrecht gar nicht mehr gerecht. Deshalb wollen wir anstelle des Ehegattensplittings eine Individualbesteuerung. Das soll aus Vertrauensschutzgründen ab einem Stichtag für zukünftig geschlossene Ehen gelten.